

Keine Lücken im Brandschutz

Als unzutreffend bezeichnete Staatssekretär Dr. Eberhard Munzert (SPD), in einer Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung die Behauptung eines WDR-Kommentators, die Zuständigkeiten hinsichtlich des Feuerschutzes von Einrichtungen der Alliierten Streitkräfte in Nordrhein-Westfalen seien ungeklärt. Die Länderzuständigkeit und damit die der örtlichen Feuerwehren für den friedensmäßigen Brandschutz auch militärischer Anlagen ergebe sich aus dem Feuerschutzgesetz. Nur bezüglich besonderer militärischer Objekte würden bundesrechtliche Regelungen greifen. Munzert bestätigte auf Anfrage des Sprechers der CDU-Fraktion Heinz Paus das Funktionieren der Zusammenarbeit der zuständigen Stellen des Landes und des Bundes.

Ferner erörterte der Ausschuss den zu Beginn der Legislaturperiode von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erstatteten Bericht über die Schwerpunkte der Innen- und Sicherheitspolitik während der kommenden Jahre. Die Mitglieder der CDU-Fraktion zeigten ein besonderes Interesse am Sachstand der Modellversuche „bürgernahe Polizei“ und „präventive Kriminalitätsentwicklung“ in Nordrhein-Westfalen und baten um baldige Vorlage eines Zwischenberichts.

Jürgen Guttenberger (SPD) kritisierte bei dieser Gelegenheit, daß im Schichtdienst der Polizei tariflich garantierte Freischichten de facto nicht immer eingeräumt werden könnten, sondern durch bezahlte Überstunden abgegolten würden. Im Verlauf der weiteren Diskussion zur allgemeinen Personalsituation bei der Polizei verwies das Innenministerium auf den erheblichen Stellenüberhang, den es 1986 bei den Kreispolizeibehörden noch geben wird, die intensiviert, von der F.D.P.-Abgeordneten Larisika-Ulmke hinterfragte Spezialausbildung in Teilbereichen, so etwa auf dem Gebiet der Bekämpfung der Computerkriminalität, ferner auf die noch in Vorbereitung befindliche Dienstpostenbewertung, die Absicht, die immer wieder zwischen einzelnen Polizeibehörden umstrittene Kräftezuweisung transparenter zu machen, und schließlich auf die laufende Prüfung, ob eine Kräfteverschiebung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei notwendig sein könnte. Schnoor antwortete in diesem Zusammenhang auf eine entsprechende Frage der F.D.P.-Fraktion, er hielt es für ausgeschlossen, Beamte der Schutzpolizei von Ermittlungsaufgaben auf dem Feld der Kleinkriminalität völlig freizustellen.

Eine Detailerörterung der zukünftigen Stellenplanentwicklung vor dem Hintergrund des bisherigen Planstellenabbaus bei der Polizei und der weiteren Auswirkungen auf den Polizeidienst, wie sie der CDU-Abgeordnete Georg-Wilhelm Mietz wünschte, sollte nach einem Vorschlag des Ausschußvorsitzenden Willi Pohlmann (SPD) nicht während der innenpolitischen Debatte, sondern anlässlich der Beratungen des Stellenplans nach Einbringung des Haushaltsentwurfs für 1986 im Ausschuss stattfinden.

Porträt der Woche

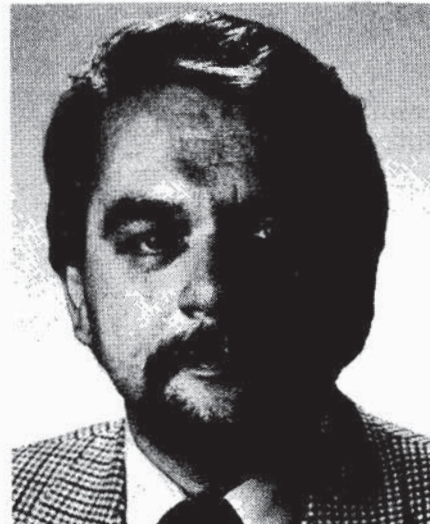
Fische und Pflanzen im Zierteich des eigenen Gartens in Bottrop-Fuhlenbrock finden seine ganze Aufmerksamkeit, der reinrassige Rauhaarteckel „Hummel von der Schloßstadt“ begleitet ihn auf langen Spaziergängen: Fast idyllisch klingt, was Klaus Strehl (42), verheiratet und Vater von zwei Kindern, seit Mai Mitglied der SPD-Fraktion im Landtag, auf die Frage nach seinen privaten Interessen antwortet. Mit Idylle haben dagegen seine politischen Interessensgebiete gar nichts zu tun: Kohlevorrangpolitik, Landesplanung, Umweltschutz.

Für den Sohn eines alten Gewerkschafters ist es 1966 „gewissermaßen zwangsläufig“ gewesen, in die SPD einzutreten. Schon bald wird Strehl stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Fuhlenbrock (was er noch heute ist), Vorstandsmitglied und für zwei Jahre auch Vorsitzender der Bottroper Jungsozialisten, Mitglied im Unterbezirksvorstand. Parallel dazu verläuft der berufliche Werdegang von der Inspektorenausbildung über das Studium zum „Diplom-Kommunalbeamten“ an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie bis hin zum Amtsrat im Rechnungsprüfungsamt der Stadt Oberhausen. Seit zehn Jahren gehört er dem Bottroper Stadtrat an, wo er sofort zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, seit acht Jahren dem Bezirksplanungsrat.

Im Landtag vertritt Klaus Strehl den Bottroper Wahlkreis als Nachfolger der „Bottroper Institution“ Ernst Wilczok, der 15 Jahre lang Abgeordneter war und seit 1949 mit kurzen Unterbrechungen Oberbürgermeister ist. Strehl spricht nicht gerne darüber, aber er hat nicht vergessen, daß Wilczok 1982 seine Wahl zum Stadtkämmerer verhindert hat. Im darauffolgenden Jahr löste er Wilczok als Vorsitzender des SPD-Unterbezirks ab. Ein wenig Triumph klingt schon mit als er von der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl berichtet: „Am 12. Mai 1985 kam es zu einer Kampfabstimmung, auf mich entfielen 67, auf Ernst Wilczok 50 Stimmen.“

Als Mitglied des Landtagsausschusses für Landesplanung und Umweltschutz kann Strehl auf seine kommunalpolitischen Erfahrungen zurückgreifen. Der abstrakte Begriff „Kohlevorrangpolitik“ wird bei ihm sofort konkret: Die Nordwanderung des Bergbaus ist für ihn unverzichtbar, wenn man diesen Grundsatz weiterhin verwirklichen will. Aus Gründen des Umweltschutzes sollten im südlichen Münsterland aber nur Seilfahrt- und Wetterschächte errichtet werden und die Förderschächte im Emscher-Lippe-Raum erhalten bleiben.

Zum Kohlevorrang gehören für den Bottroper Abgeordneten auch verstärkte Anstrengungen zur Kohleveredelung, bei seinem Wahlkreis auch nicht verwunderlich. Seit Jahren wird in Bottrop eine Versuchsanlage zur Kohleverflüssigung betrieben. Jetzt geht es ihm darum, Bottrop als Standort einer größeren Demonstrationsanlage für Kohlehydrierung – möglicherweise in Kombination mit dem Einsatz von



Klaus Strehl (SPD)

Schweröl – durchzusetzen, 1000 Dauerarbeitsplätze könnten damit verbunden sein. Da scheut der eher zurückhaltende Strehl auch vor großen Worten nicht zurück: „Ein Verzicht auf die Kohlehydrierung wäre ein schwerer Schlag für die Kohlevorrangpolitik, eine große Gefahr für die Zukunftschancen der heimischen Kohle.“ Auch wenn die flüssige Kohle auf dem Markt noch längst nicht konkurrenzfähig ist, so hegt Strehl keine Zweifel an der Notwendigkeit einer neuen Großanlage: „Wir müssen demonstrieren, daß diese Technologie funktioniert, nur so wahren wir spätere Chancen auf dem Exportmarkt.“ Aus der Kommunalpolitik bringt er zwei weitere Themen mit in die Landespolitik. Bei den Entscheidungen über die „Ausweisung“ der Kirchhellener Heide hat er schmerzhaft feststellen müssen, daß hier allein das Bergamt das Sagen hat; er fordert ein Mitspracherecht der betroffenen Kommunen, die auch für eine schnellere Rekultivierung der Landschaft sorgen müßten. Daneben nennt er die Errichtung von neuen Kleingartenanlagen eine wichtige Aufgabe der Umwelt- und Freizeitpolitik vor allem in Ballungsräumen. Hier sucht er nach Möglichkeiten, den Fördersatz des Landes zu erhöhen. Ihm schwebt auch ein Modell vor, bei dem die Kleingärtner gleichzeitig für den Erhalt der ihre Anlage umgebenden Natur mitverantwortlich sein sollen.

Für den Petitionsausschuss hat sich Strehl nicht von sich aus gemeldet. Schon nach wenigen Monaten bekennt er jedoch, daß ihm die Arbeit dort viel Spaß macht und befriedigt, denn sie biete die „Möglichkeit zu direkter Hilfe für den Bürger“.

Die Landtagsverwaltung will der Neu-Parlamentarier zwar nicht kritisieren, dennoch formuliert er vorsichtig, daß „mehr technisch-organisatorische Hilfen“ für Parlamentsneulinge notwendig seien; ein kurzer Leitfaden mit nützlichen Tipps könnte viel Zeitaufwand ersparen. Bei ihm selbst hätten sich die Anlaufschwierigkeiten in Grenzen gehalten, erfahrene Fraktionskollegen seien mit Ratschlägen hilfreich gewesen.

Ludger Audick